20. Wahlperiode

Drucksache **20/7628**

HESSISCHER LANDTAG

Änderungsantrag

20.01.2022
HHA

Fraktion der CDU,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 20/6873 zu Drucksache 20/6380

Inhalt des Antrags: **Personelle Ausstattung für eine Geschäftsstelle für den Opferfondsbeirat**

Einzelplan **01** **Hessischer Landtag**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 01 01 Landtag
Buchungskreis: 2010

Produktnummer lt. Leistungsplan 3

Bezeichnung lt. Leistungsplan Begleitung von Petitionen und Ombudsstelle

Leistungsplan:

Beträge in 1.000 EUR

	von	Veränderung um	auf
Gesamtkosten	1.579,8	+104,8	1.684,6
Eigene Erlöse	3,0	+104,8	107,8
Produktabgeltung	1.576,8	0,0	1.576,8

Weitere Änderungen im Wirtschafts-/ Stellenplan:

Es wird eine Planstelle A 16 (Kennung 001) neu ausgebracht. Es wird eine Planstelle A 13 h.D. (Kennung 001) neu ausgebracht. Es wird eine Planstelle A 10 (Kennung 001) neu ausgebracht.

Anzahl der (Plan-)Stellen

Bes.Gr.	Bezeichnung	von	um	auf
A 16 (001)	Ministerialrat/rätin	26	1	27
A 13 h.D. (001)	Regierungsrat/rätin	9	1	10
A 10 (001)	Oberinspektor/in	3,5	1	4,5

Kameraler Haushalt: **Beträge in EUR**

Titel	Zweckbestimmung	von	um	auf
359	Sonstige Entnahmen	300.000	+104.800	404.800
422	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	6.877.300	+104.800	6.982.100

Eingegangen am 20. Januar 2022 · Ausgegeben am 20. Januar 2022
Herstellung: Kanzlei des Hessischen Landtags · Postfach 3240 · 65022 Wiesbaden · www.Hessischer-Landtag.de

Kameraler Haushaltsabschluss: **Beträge in EUR**

Hauptgruppe	**von**	**um**	**auf**
HG 3	300.000	+ 104.800	404.800
HG 4	49.923.100	+ 104.800	50.027.900
Kameraler Zuschuss/Überschuss	-80.341.400	0	-80.341.400

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Der Opferfondsbeirat beim Landtag hat im Jahr 2021 seine Arbeit aufgenommen. Die Komplexität der Anfragen und Anträge an den Opferfondsbeirat sowie der vielfältig zu führende Schriftverkehr und der während der Bearbeitungs- und Entscheidungsverfahren aufrechtzuerhaltende Kontakt mit Opfern und Angehörigen machen es erforderlich, für den Opferfondsbeirat schnellstmöglich eine Geschäftsstelle einzurichten, die mit Personal auszustatten ist. Zur Deckung der Ausgaben wird im Haushaltsjahr 2022 eine Entnahme aus den kameralen Rücklagen eingeplant.

Wiesbaden, 19. Januar 2022

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:

Ines Claus

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:

Mathias Wagner (Taunus)